

SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND: Endspiel des Raubtierkapitalismus und Vorbereitung zum Weltkrieg

Von Helga Zepp-LaRouche – 2. August 2014

Die Sanktionen, die die EU – mit Zustimmung der deutschen Regierung – gegen den Finanzsektor und Energiefirmen in Rußland beschlossen hat, treffen vor allem Deutschland, den Maschinenbau und Mittelstand, und sie sind Teil einer Konfrontationsstrategie, die – wie der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Willy Wimmer, korrekt betont – Teil der Vorbereitung eines Atomkriegs mit Rußland ist.

Wir haben ein Problem: Wir haben eine Regierung in Berlin, die unser Gemeinwohl nicht schützt und Gefahren nicht von uns abhält.

Die Sanktionen gegen Rußland müssen aufs Schärfste verurteilt und sofort aufgehoben werden. Denn aller Kriegspropaganda gegen Putin zum Trotz gibt es nicht einmal den Schatten eines Beweises dafür, daß Putin für den Abschuß des malaysischen Flugzeugs MH17 verantwortlich ist, und mehr noch: Es sind die Regierungen von Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Ukraine, die sich bisher weigern, die existierenden Satellitenphotos, AWACS-Datenaufzeichnung und Erkenntnisse der Flugsicherungen zu veröffentlichen, von der Black Box, die ausgerechnet die britische Regierung in Verwahrung genommen hat, gar nicht erst zu reden.

Was jetzt von einer beispiellosen Phalanx von NATO-freundlichen Nachrichtenmagazinen an Kriegshetze lanciert wird, erinnert fatal den „Stürmer“, und damals war das Resultat 80 Millionen Tote. Es erinnert auch an die Medienkampagnen gegen Saddam Hussein wegen angeblicher Massenvernichtungswaffen, der über eine Million Iraker zum Opfer fielen, und über die angeblichen Chemiewaffeneinsätze der Regierung Assad, was ebenso gelogen war. Oder zuvor, der Zwischenfall im Golf von Tonkin, der den Vorwand für den Vietnamkrieg mit seinen über drei Millionen Opfern lieferte. Alles deutet darauf hin, daß es sich bei dem Abschuß oder Absturz der MH 17 entweder um eine Operation unter falscher Flagge oder möglicherweise noch um ein ganz anderes Element der Kriegsvorbereitung gegen Rußland handelt.

Die aufgrund der überstürzten Vorverurteilung Putins beschlossenen Sanktionen werden nach der Schätzung von Philippe Pegorier, Chef der französischen Firma Alstom und Präsident der Association of European Business (AEB), Deutschland rund 300.000 industrielle

Arbeitsplätze kosten, vor allem im Maschinenbausektor, dessen russische Kunden als Resultat der Sanktionen Finanzierungsschwierigkeiten bekommen und Aufträge stornieren.

Gegenüber Rußland geht es um Regimewechsel, wie Wolfgang Münchau kürzlich in einem Artikel in *Spiegel Online* brutal ankündigte. Wenn es gelänge, die russische Wirtschaft komplett von Kapitalmarkt abzuschneiden, würde die russische Wirtschaft binnen weniger Wochen einbrechen, so Münchau, die Zahlungssysteme „sind die Atombomben des Finanzkrieges“, und die EU habe nicht nur ein gemeinsames Interesse, Putin zu stoppen, sondern auch die Instrumente dafür.

Nun haben in den vergangenen Tagen angesichts der Lage immer noch zu wenige, aber doch eine ganze Reihe von Personen vor dem dritten, thermonuklearen Weltkrieg gewarnt. So warnte ein Kreis ehemaliger Verteidigungs- und Außenminister und Sicherheitsexperten vom European Leadership Network, der Konflikt in der Ostukraine gefährde die Sicherheit ganz Europas. Als besonders beunruhigend empfanden die Sicherheitsexperten, daß sich solche Krisen ohne Vorwarnung zuspitzen könnten, ausgelöst durch unabhängige Drittkräfte, wie kürzlich beim Abschuß von Flug MH17. Die Führungen der Länder brauchten mehr Entscheidungszeit, insbesondere vor dem Hintergrund, daß immer noch Tausende von Atomwaffen auf beiden Seiten in Alarmbereitschaft sind. Ein Atomkrieg quasi aus Versehen sei absolut möglich.

Das ist zwar auch richtig, aber die Wahrheit ist dennoch sehr viel übler, denn es gibt auch Absichten.

Denn der wirkliche Kriegsgrund liegt im völligen Bankrott des transatlantischen Systems der Kasino-wirtschaft. Der Chor derer, die bislang angesichts des heroischen Kampfes von Argentinien, seine Souveränität und das Gemeinwohl seiner 41 Millionen Bürger gegen die versuchten Raubzüge des Hedgefonds NML zu verteidigen, selbstgerecht schwadronieren: „Aber die Schulden müssen doch bezahlt werden“, ist dabei, sein blaues Wunder zu erleben. Diese Anhänger der „freien“ Marktwirtschaft fanden vielleicht nichts dabei, daß dieser Hedgefonds, NML Capital, abgesichert vom amerikanischen Justizsystem, darauf besteht, in sechs Jahren einen Profit von 1608% machen zu wollen.

Aber inzwischen haben sich dieselben Geierfonds, mit Rückendeckung der Obama-Administration, in den vergangenen anderthalb Jahren still und leise in Europa positioniert und Dutzende, wenn nicht Hunderte von Milliarden Euro der Schulden europäischer Banken aufgekauft, nach demselben Prinzip wie in Argentinien. Sie kauften diese faulen Papiere, die die Banken gerne auslagern, um die „Streßtests“ zu bestehen, für 3-4 Cent für den Euro, um dann den Spieß umzudrehen und den kompletten ursprünglichen nominellen Wert einzufordern – ganz wie im Falle Argentinien.

Laut spanischer Medienberichte, wie z.B. in *Cinco-Dias.com*, hat derselbe Geierfonds, Paul Singers NML Capital und seine Mutterfirma Elliott Management, im Verlauf des Jahres 2013 mindest 1,3 Mrd. € an notleidenden Krediten (was für ein Ausdruck!) der größten Bank Europas, Santander, und weiterer spanischer Institute wie Bankia aufgekauft. Die Gesamtkosten für Elliott waren lumpige 50 Mio. Euro, weniger als 4% des nominellen Wertes. Im März 2013 kaufte Elliott 300 Mio. € an faulen Krediten von Santander für bescheidene 12 Millionen, im August kaufte Elliott gemeinsam mit den Hedgefonds Lindorff und Cerberus Capital Management 1,354 Mrd.€ an notleidenden Krediten von Bankia, wobei Elliott den Hauptanteil von 1 Mrd.€ für 38 Mio. Euro übernahm, 3,8% des nominellen Wertes.

Die Geierfonds machen solche Geschäfte nicht nur in Spanien, sondern „helfen“ gestreßten Banken in ganz Europa, ihre faulen Papiere von rund 800 Milliarden Euro abzustoßen, damit sie durch die laufenden Streßtests der EZB kommen. Kurz darauf werden die Hedgefonds darauf bestehen, den ursprünglichen nominellen Preis der Immobilien, Anleihen oder was auch immer einzuklagen – genau wie im Falle Argentinien. Die Dummen sollen dann die europäischen Nationen sein, beziehungsweise die Bürger dieser Nationen, die in einem gigantischen „Bail-in“ enteignet werden: das Zypernmodell für ganz Europa.

Spätestens dann dürfte der Chor der selbstgerechten Schwadronierer einen Kloß im Hals verspüren (und dies vielleicht auch noch genießen, weil es die Henkersmahlzeit sein wird).

Warum macht sich die deutsche Regierung mit den Sanktionen gegen Rußland zum willigen Gehilfen eines Systems, auf dessen Abschußliste Deutschland als primäre Zielscheibe steht?

Wer diese Frage beantworten will, muß die Rolle des Britischen Empires verstehen, die Rolle der Londoner City sowie der Wall Street, die historisch gesehen immer eine Niederlassung dieses Empires war.

So beschuldigte der ehemalige russische Premierminister Sergej Stepaschin soeben in einem Offenen Brief den britischen Premierminister Cameron, dieser unterstütze nicht nur Nazis in der Ukraine, sondern würde auch ganz in der Tradition Chamberlains, der 1938 die Nazis in einen Krieg gegen die Sowjetunion dirigiert habe, heute die EU in einen Krieg gegen Rußland ziehen.

Aber auch Willy Wimmer verweist in seinem jüngsten Artikel auf die Rolle der Briten, und er warnt: Wer in

Rußland in dieser Lage auf die USA „oder, was fast noch schlimmer ist, auf die Briten setzt, der sollte sich eingehend mit dem Schicksal des deutschen Widerstandes gegen den ‚Führer‘ beschäftigen“. (Die ehemalige amerikanische Außenministerin Albright und Joschka Fischer hätten übrigens offen gesagt, daß man Rußland keinesfalls die Kontrolle über seine umfangreichen Rohstoffe überlassen könne.) Damit spielt Wimmer offensichtlich auf die Rolle des britischen Geheimdienstes (und weiterer westlicher Dienste) an, der verzweifelte Gegner Hitlers, die sich an ihn gewandt hatten, umgehend an die Gestapo verriet.

Denn das Britische Empire haßt Deutschland mindestens genauso lange und aus den gleichen geopolitischen Gründen wie Rußland. So schrieb Sir John Wheeler-Bennett in einem Memorandum nach dem gescheiterten Attentat des 20. Juli, es sei „zu unserem Vorteil, wenn die Säuberungen weitergehen. Durch das Scheitern der Verschwörung sind uns wie auch den USA die Schwierigkeiten erspart geblieben, die sich aus solcher Bewegung hätten ergeben können. Mehr noch, die gegenwärtige Säuberungswelle entfernt vermutlich viele Individuen von der Szene, die uns Schwierigkeiten hätten machen können, nicht nur nach einer erfolgreichen Verschwörung, sondern auch nach einer Niederschlagung Nazi-Deutschlands. Die Gestapo und die SS haben uns mit der Entfernung einer Auswahl derer, die sich unzweifelhaft nach dem Krieg als ‚gute‘ Deutsche erwiesen hätten, einen beträchtlichen Dienst erwiesen.“

Die „guten“ Deutschen von heute, das sind die Mittelständler und Maschinenbauer, die nach Rußland, China, Indien usw. exportieren wollen und die deshalb ruiniert werden sollen, damit dann die sturmreif geschossene deutsche Industrie um so einfacher von den unanständigen Forderungen der Banken und Hedgefonds in den kommenden „Bail-ins“ überrannt werden können. Es zieht sich eine kontinuierliche Linie von der Geopolitik Milners und Mackinders gegen Deutschland, die zum Ersten Weltkrieg geführt hat, über die Bedingungen des Versailler Vertrags, der Deutschland für immer niederhalten sollte, und die Morde an den Unterzeichnern des Rapallo-Vertrages, die Finanzierung Hitlers durch den Chef der Bank von England Montagu Norman, Prescott Bush und Averell Harriman, und den Abtransport deutscher Industrieanlagen durch die britischen Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg bis hin bis zu dem Husarenstück, die Deutschen dazu zu bekommen, sich durch Sanktionen gegen Rußland selbst umzubringen.

Es ist höchste Zeit, den Kurs zu wechseln und die Politik des Britischen Empire zu beenden. Die Kooperation mit den BRICS-Staaten und Lateinamerika, die gerade dabei sind, durch den Ausbau der Neuen Seidenstraße eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung aufzubauen, ist der Weg, den wir einschlagen müssen. Und – de Gaulle hatte recht: *Perfidus Albion!*

Dieser Artikel online:



bueso.de/node/7580